

Komitee 2 x JA zur
Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Medienorientierung

**Freitag, 28. Februar 2003, 09.30 Uhr,
Zimmer 86, Bundeshaus, Bern**

**Für einen starken
und modernen
Schutz der Schweiz**

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Sperrfrist: 28. Februar 2003, 09.30 Uhr

Medienmitteilung

Modern, glaubwürdig und effizient

Die Schweiz braucht die Reform der Armee und des Bevölkerungsschutzes

Die Armee XXI und die Reform des Bevölkerungsschutzes geben eine Antwort auf die veränderte Bedrohungslage in der Welt. Angehörige der Armee und des Bevölkerungsschutzes werden dank der Reform besser und effizienter ausgehoben und ausgebildet. Ausserdem verkürzt sich die Dienstzeit. Damit kann der Dienst an der Allgemeinheit besser mit der beruflichen Tätigkeit koordiniert werden.

Die Armee und der Bevölkerungsschutz dienen keinem Selbstzweck, sondern müssen auf die aktuellen Bedrohungen und die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Realitäten ausgerichtet werden. Mit den Reformschritten bei der Armee und beim Bevölkerungsschutz ist dies gelungen. Die Anschläge vom 11. September 2001, Lawinen und Überschwemmungen beweisen, dass sich die Bedrohungslage deutlich verändert hat. Diesen Veränderungen muss die Sicherheitspolitik gerecht werden, um glaubwürdig zu bleiben. Gleichzeitig gilt es auch, auf die wirtschaftlichen Veränderungen Rücksicht zu nehmen. Jede Dienstleistung führt zu Absenzen am Arbeitsplatz und belastet damit die Wirtschaft. Diesem Umstand wird durch eine Verkürzung der Dienstzeit von 300 auf 280 Dienstage und die Verkleinerung der Armee von 350'000 auf 140'000 Aktive und 80'000 Reservisten Rechnung getragen. Ausserdem ist der Militärdienst für Soldaten und Korporale spätestens mit 34 Jahren zu Ende. Damit lässt sich die Wehrpflicht neben der beruflichen Karriere auch besser mit dem Familienleben vereinbaren. Gleichzeitig führen die Verkürzung und die Konzentration des Militärdienstes (jährliche Wiederholungskurse) zu einem besseren Ausbildungsstand. Die Armee kann ihren Auftrag also besser und effizienter erfüllen. Gestärkt durch diese Reform XXI werden die verfassungsmässigen Grundsätze der Milizarmee und die Neutralität. Die Schweizer Armee ist und bleibt eine Armee des Volkes für das Volk.

Der Bevölkerungsschutz wird mit der Reform XXI primär auf natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und Notlagen ausgerichtet; mit eingeschlossen sind hier die Folgen von Terroranschlägen. Erst in zweiter Linie erfolgt eine Ausrichtung auf bewaffnete Konflikte. Zum Bevölkerungsschutz gehören künftig 120'000 Zivilschutz-Angehörige, 110'000 Angehörige der Feuerwehr und Profis der kantonalen Polizeikörper, des Gesundheitswesens sowie der technischen Betriebe. Die Zivilschutz-Angehörigen werden bereits bei der Aushebung dem Zivilschutz zugeteilt und leisten ihre Dienstpflicht ausschliesslich im Zivilschutz. Damit erfolgt eine deutliche Aufwertung des Zivilschutzes.

Eine Ablehnung der Reformen bei Armee und Bevölkerungsschutz hätte verheerende Folgen. Ganze Einheiten blieben weiterhin unterbesetzt, Kaderpersonal würde auch in Zukunft fehlen und die Kosten würden den engen Budgetrahmen bei weitem übersteigen.

Bern, 28. Februar 2003

Kontakt:

Nationalrat Karl Tschuppert (FDP/LU), Tel. 041 980 10 20, Natel 079 641 80 27

Nationalrätin Barbara Polla (Lib./GE), Natel 079 200 90 36

Nationalrat Guido Zäch (CVP/AG), Tel. 041 939 55 54

Nationalrat Ulrich Siegrist (SVP/AG), Natel 076 413 90 90

Guido Schommer, Generalsekretär FDP, Tel. 031 320 35 35, Natel 079 300 51 45

Christian Weber, Pressechef FDP, Tel. 031 320 35 35, 079 66 777 44

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Sperrfrist: 28. Februar 2003, 09.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Die Bedrohungslage hat sich verändert

Von Nationalrat Karl Tschuppert (FDP/LU)

Einer der wichtigsten Gründe für die Reform der Armee ist die dramatisch veränderte sicherheitspolitische Lage seit Beginn der 90er-Jahre, als die heutige Armee 95 konzipiert wurde.

Bedrohungslage

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffes auf die Schweiz sehr gering geworden. Alle militärischen Potenziale in Europa sind reduziert worden und die strukturelle Fähigkeit zu raumgreifenden strategischen Offensiven ist nirgends mehr vorhanden.

Der Warschauer Pakt ist verschwunden, mehrere seiner Mitglieder gehören heute der Nato an. Die Nato besteht aus demokratischen Staaten, von denen keine Angriffsgefahr ausgeht.

Andere Bedrohungen, beziehungsweise deren Auswirkungen auf die Schweiz sind in den Vordergrund getreten: Konflikte ausserhalb und innerhalb Europas, Naturkatastrophen, technisch bedingte Katastrophen, gewalttätiger Extremismus und Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme mittlerer und grosser Reichweite sowie die Informationskriegsführung.

Bundesrat, Parlament und ArmeepLANER haben die Konsequenzen gezogen und die Armee XXI konzipiert.

Verteidigungsarmee

Die Fähigkeit zur Verteidigung bleibt ihre wichtigste Aufgabe. Das für die Verteidigung erforderliche Wissen und

Können, die Verteidigungskompetenz, muss erhalten bleiben.

Die Armee XXI stellt dies sicher und erfüllt damit den Verfassungsauftrag. Bei Bedarf ist der Aufwuchs zu einer kampfbereiten Streitmacht möglich.

Massgebend für die Zusammensetzung des Einsatzverbandes sind die Bedrohung und der konkrete Auftrag. Berufsformationen (Festungswachtkorps) und Durchdiener, ergänzt mit im Dienst stehenden WK-Verbänden, sorgen dafür, dass sowohl der Ersteinsatz wie auch die Durchhaltefähigkeit im Vergleich zur Armee 95 verbessert werden.

Subsidiäre Einsätze

Die subsidiären Einsätze der Armee sind ein unverzichtbares Mittel der inneren Sicherheit. Ich erinnere an die Unwetterkatastrophe vom letzten Herbst in Graubünden, ich erinnere an die Armeeeinsätze am WEF, an den Ski-Weltmeisterschaften, am bevorstehenden G 8-Gipfel von Evian. Und vergessen wir nicht den gegenwärtigen Rückbau der Expo.02. Armee XXI löst die

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Territorial- und Alarmformationen zwar auf, behält aber deren Können, Wissen und Bereitschaft bei.

Armeeorganisation

Die Armeeorganisation wird primär auf die Einsätze unterhalb der Kriegsschwelle ausgerichtet. Bataillone und Kampfbrigaden sind die Grundmodule. Auf kantonale Truppen wird im Einverständnis mit den Kantonen verzichtet. Aber die Truppenkörper werden soweit möglich aus Angehörigen aus der gleichen Region gebildet. Das föderalistische Element „Territorialregion“ bleibt. Die Kantone bleiben zentraler Ansprechpartner für die Stellungs- und Dienstpflichtigen.

Bestand

Der Bestand der Armee XXI muss aus demografischen und finanziellen Gründen verkleinert werden. Die Armee XXI ist nicht zu klein, wie dies die Gegner behaupten. Sie ist mit 140'000 Aktiven und 80'000 Reservisten im europäischen Vergleich immer noch eine grosse Armee.
Rekrutierung

An die Stelle der eintägigen „Aushebung“ tritt neu eine dreitägige „Rekrutierung“ in fünf eigens eingerichteten Rekrutierungszentren. Es ist nun bedeutend besser möglich, den Stellungspflichtigen in physischer und psychischer Hinsicht zu testen und für ihn eine optimale Einteilung zu finden oder allenfalls den Eintritt in den Bevölkerungsschutz vorzusehen.

Kosten

Verjüngung und Verkleinerung der Armee, die abgestufte Einsatzbereitschaft sowie der Personalabbau und die Straffung der Infrastruktur reduzieren die Kosten. Ausrüstung und Bewaffnung bleiben teuer. Die Armee XXI kann und muss nicht flächendeckend ausgerüstet werden. Ausrüstungspriorität haben die Ausbildung sowie Verbände mit hoher Bereitschaft. Mit einem Budget von 4,3 Milliarden Franken ist dies einigermassen möglich.

Die Finanzen sind der Schlüsselfaktor. Sie bestimmen das Gesicht von Armee XXI entscheidend. Auch eine Ablehnung des revidierten Militärgesetzes ändert daran nichts. Ein Nein brächte nicht mehr Geld.

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Sperrfrist: 28. Februar 2003, 09.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Armee XXI – Ein Gewinn für die Wirtschaft

Von Nationalrat Guido Zäch (CVP/AG)

Die Armee XXI wurde von Beginn an breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Schon im Frühling 2001 erhielten die Kantone, die politischen Parteien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die Schweizerische Offiziersgesellschaft und die Unteroffiziersgesellschaften die Möglichkeit, anlässlich einer informellen Konsultation, sich zum Entwurf für das Armeeleitbild XXI zu äussern. Schon früh wurde erkannt, dass die Strukturen der Armee XXI die Anliegen der Wirtschaft berücksichtigen müssen. Immer mehr Unternehmen, und zwar sowohl von Grossunternehmen bis zu Familienunternehmen, sind nicht mehr bereit, die militärischen Absenzen von Mitarbeitern zu akzeptieren. Nachdem der Zweijahresrhythmus der Wiederholungskurse der Armee 95 die Wirtschaft nicht befriedigen konnte, galt es, effizientere Strukturen zu finden, ohne dass die Sicherheit unseres Landes darunter leiden darf.

Die vor uns liegende Armee XXI erfüllt beide Anliegen ohne weiteres. Durch die bessere Abstimmung mit den Interessen der Wirtschaft wird der volkswirtschaftliche Gesamtaufwand der Armee wesentlich kleiner. Folgende Punkte sind dabei zu erwähnen:

Kleinere Armee

Eine kleinere, besser ausgerüstete Armee führt dazu, dass wesentlich weniger Manntage Dienst geleistet wird und somit wesentlich weniger Tage am Arbeitsplatz gefehlt wird. Überdies vermag sie, den Verteidigungsauftrag besser zu erfüllen.

Kürzere Dienstzeit und Herabsetzung der Dienstzeit

Auch diese Massnahmen tragen zur Verkürzung der militärbedingten Abwesenheit vom Arbeitsplatz bei. Die Gesamtdienstzeit wird zum Beispiel für einen Korporal von 466 auf 400 Tage verkürzt. Neu sollte ein Soldat seinen Dienst in der Regel schon im Alter von 26 Jahren abgeleistet haben.

Durchdienermodell

Die Einführung des Durchdienermodells für bis zu 15 Prozent der Stellungspflichtigen führt dazu, dass diese keine Wiederholungskurse mehr absolvieren müssen und dadurch in einem späteren Zeitpunkt nicht mehr vom Arbeitsplatz weggerissen werden. Auch weil Durchdiener aufgrund ihres jungen Alters im Normalfall noch keine wichtigen Positionen in der Wirtschaft einnehmen, kommt dieses Modell der Wirtschaft sehr entgegen.

Professionalisierung der Ausbildung

Durch die Professionalisierung der Ausbildung werden Milizkader bei der Vorbereitung von Dienstleistungen entlastet. Dies führt nicht nur zur Verbesserung der Ausbildung, sondern auch zur zeitlichen Entlastung der Milizkader, was wiederum eine kleinere Absenz von Arbeitsplatz bedeutet. Dadurch kann sich der Einsatz der Milizkader im Dienst auf die eigentlichen Führungsaufgaben konzentrieren.

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Zertifizierung der Kaderausbildung

Die Armeeekader werden in verschiedenen Bereichen besser und effizienter geschult. Ziel ist, die Schulung so auszugestalten, dass daraus ein hoher Zivil einsetzbarer Nutzen resultiert. So kann zum Beispiel ein Unternehmen direkt von den in der Armee angeeigneten Führungskompetenzen eines Mitarbeiters profitieren. Damit die Qualität der Ausbildung gewährleistet wird, ist die Zertifizierung der Kaderausbildung absolut nötig.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Armee XXI ist aus volkswirtschaftlichen Überlegungen ein absolutes Muss. Die Schweiz kann es sich nicht weiterhin erlauben, eine überdimensionierte Armee zu besitzen, die sich sowohl die heutige Gefahrenlage als auch die wirtschaftlichen Erfordernisse aus den Augen verliert. Nur eine Armee im Rahmen der Armee XXI kann dem Verfassungsauftrag gerecht werden.

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Sperrfrist: 28. Februar 2003, 09.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Eine eigenständige und moderne Armee – mit klarem Primat der Politik

Von Nationalrat Ulrich Siegrist (SVP/AG)

1. Eine Armee der neutralen Schweiz

Die Aufgaben der Armee sind in der Bundesverfassung festgelegt. Das gleiche gilt für die politischen Rahmenbedingungen: Die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit bleibt grundlegendes Staatsziel (Art. 2 und 54 der Bundesverfassung).

Die Reform der Armee ist darauf zugeschnitten. Angesichts der neuen Bedrohungslagen soll sie diesem Staatsziel besser gerecht werden als die bisherige Armee. Bessere Ausbildung, mehr Flexibilität, massgeschneiderte Bereitschaft.

Ein Beitritt zu Organisationen der kollektiven Sicherheit oder zu einem Bündnis müsste obligatorisch der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet werden (Art. 140 BV). Das würde erst Recht für einen Beitritt zur NATO gelten. Ein solcher steht nicht zur Diskussion.

2. Hohe Eigenleistung für autonome Einsätze mit besserer Fähigkeit zur Kooperation

Schutz der Bevölkerung und der Unabhängigkeit des Landes verlangt nach einem optimalen Einsatz der Mittel. Dazu gehört wenn notwendig auch die Kooperation mit Nachbarn. Wichtigste Schwerpunkte der Bevölkerung und der Infrastrukturen liegen in Grenzgebieten. Aktionen gewalttätiger Gruppen oder Staaten sowie andere moderne Risiken verlaufen meistens grenzüberschreitend.

Seit alters her war sich die Schweiz deshalb bewusst, dass sie notfalls auch zur Kooperation befähigt sein muss. Dieser Grundsatz ist in der modernen Zeit noch wichtiger geworden. Dadurch sollen die Eigenleistung der Armee erhöht, die Handlungsoptionen des Landes erhöht, die Unabhängigkeit gestärkt werden.

Eine verstärkte Kooperation wurde notwendig im Bereich der Ausbildung sowie im Bereich der friedenserhaltenden (nicht der friedens erzwingenden) Operationen. Dazu hat das Volk im Juni 2001 zwei Gesetzesänderungen gutgeheissen. Was damals das Volk beschlossen hat, wird wörtlich ins neue Gesetz übernommen, mit allen einschränkenden Bestimmungen. Es findet keine Ausweitung dieser Möglichkeiten statt. Zudem braucht es in jedem Einzelfall die Zustimmung von Bundesrat und in gewichtigen Fällen der Bundesversammlung.

3. Ausweitung des Primats der Politik

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Nicht nur hier, sondern auch in den Einzelbestimmungen wurde die Armee als helvetisches Eigenmodell *fest in die Demokratie eingebettet*:

Bisher wurde die Anzahl Dienstage innerhalb einer gesetzlich fixierten Grenze vom Bundesrat festgelegt, neu innerhalb dieser Grenze vom Parlament: Die Länge der RS bisher vom Bundesrat, neu vom Parlament. Dauer und Turnus der WK bisher vom Bundesrat, neu vom Parlament. Das Dienstalder und damit die Grösse der Armee konnte der Bundesrat bis jetzt selber herabsetzen, neu sind diese Grössen im Gesetz festgelegt. Sogar die Organisation, die Waffengattungen und die Zahl der Verbände werden vom Parlament abschliessend festgelegt, während der Bundesrat bisher einen breiten Spielraum hatte.

Schliesslich begnügt sich das neue Gesetz nicht wie bisher mit der normalen parlamentarischen Kontrolle, sondern es werden neue Instrumente der Mitsprache und des begleitenden Controllings durch das Parlament eingeführt.

Wer sich zu mehr Demokratie und zum Primat der Politik bekennt, stimmt den Reformen zu. Die Behauptung, mit der neuen Armee könnten die Planer machen was sie wollen, entbehrt jeder Grundlage. Die Armee bleibt verankert in der Demokratie.

Die Strukturen der Armee (Territorialregionen, Grundorganisation der Brigaden) orientieren sich stark an den Kantonsgrenzen, an den Regionen, an den Sprachräumen. Sie ist *verankert in der Bevölkerung*. Aber die Verbände sind für den Einsatz zentral verfügbar.

4. Verstärkung des Charakters als Milizarmee

Die Sicherheitsventile und die Voraussetzungen zu Gunsten des Milizprinzips wurden gegenüber der heutigen Regelung stark ausgebaut:

Die Verbände, bei denen Ausnahmen zugelassen sind, werden im Gesetz einzeln und abschliessend aufgeführt. Sogar für die höheren Stäbe wird neu das Milizprinzip in der Parlamentsverordnung vorgeschrieben (Art. 10).

Bei höheren Kommandostellen soll eine angemessene Anzahl, bis auf Stufe Bataillonskommando sogar die Mehrheit von Milizoffizieren besetzt werden.

Im heutigen Wirtschaftsleben sind junge Kaderleute sehr stark gefordert. Damit sie zusätzliche Kapazitäten für die Armee freistellen können, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies zu tun ist eines der Kernanliegen der Reform:

Durch die Kombination der (professionell orientierten) Lehrverbände für die Ausbildungsunterstützung einerseits und die (milizmässig ausgerichteten) Führungsstruktur der Bataillone und Brigaden andererseits werden milizverträgliche Voraussetzungen geschaffen.

Durch die neuen Modelle der Kaderausbildung wird die Ausbildung in der Führung gegenüber andern Aufgaben verstärkt, ohne dass deswegen die zeitliche Belastung ausgedehnt wird. Die Ausbildung bis zum Leutnant wird zeitlich verkürzt durch Straffung und Schwergewichtsbildung.

Das neue Armeemodell bringt ein optimiertes System zugunsten der Miliz. Das Milizprinzip bleibt nach wie vor unter Druck. Durch die Armeereform bekommt es

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

aber *neue Chancen*. Es wird in neue Strukturen gegossen, welche den gesellschaftlichen Realitäten gerecht werden.

5. Alles andere als eine kopierte Nato- Armee

Die Behauptung, man habe die Nato- Modelle kopiert, ist an den Haaren herbei- gezogen. Es war vielmehr ein Ringen zwischen dem VBS und den Milizorganisationen, zwischen Bundesrat und Parlament, zwischen National- und Ständerat. Es wurde ausgelotet und optimiert. *Vor uns liegen helvetische Sonderlösungen, aber gute und effiziente.*

Ein einheitliches Nato- Modell gibt es ohnehin nicht, sondern auch die Nato-Staaten haben je ihre eigene Lösungen. Unsere Armee reform unterscheidet sich aber von allen diesen Armeen in wesentlichen Punkten.

Die Kombination von Grundorganisation und Lehrverbänden ist in ihrer Art eigenständig. Die Modularität ist nahe beim französischen System, aber weiter weg vom deutschen und noch weiter vom amerikanischen System.

Die Bataillone, vor allem bei der mechanisierten Infanterie, sind wesentlich auf Aufgaben der Raumsicherung und Existenzsicherung ausgerichtet und sind grösser als Nato- Bataillone. Logistik, Transportwesen und Technologie orientieren sich primär an einem Einsatz im eigenen Land. Die Nato- Armeen sind dagegen für Expeditionen vorbereitet. Kleinere und mittlere Nato- Armeen spezialisieren sich im Rahmen einer Aufgabenteilung, während unsere Armee versucht, das ganze Spektrum abzudecken.

Auch in den Bereichen Organisation, Führung und Ausbildung *ist die Nato auf Berufskader ausgerichtet, das schweizerische Modell dagegen konsequent auf Milizkader.*

6. Es geht nicht um irgendeine Armee, sondern um u n s e r e Armee.

Wir haben nicht eine auf dem Reissbrett geplante Armee. Sondern im Parlament wurde eine politisch diskutierte Konzeption als helvetische Eigenleistung verabschiedet.

Die Reform richtet sich aus an aktuellen Bedrohungen statt nur an alten Erfahrungen oder Vorurteilen. Traditionelle eidgenössische Werte sind zu verbinden mit modernen Strukturen und hoher Effizienz.

Im Gesetz und im Leitbild sind die wesentlichen Grundlinien und Prinzipien festgelegt. Vieles hängt vom Umsetzungsprozess ab. Dieser muss gut geführt und begleitet werden. Dafür bietet die Vorlage gute Voraussetzungen.

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Sperrfrist: 28. Februar 2003, 09.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Ja zur Armee XXI, Ja zum Bevölkerungsschutz XXI: Das eine geht nicht ohne das andere

Von Nationalrätin Barbara Polla (Lib./GE)

Seit dem Ende des kalten Krieges hat sich die Situation in der Schweiz und der Welt verändert. Angesichts dieser Veränderungen hat sich der Bundesrat die Frage gestellt, wie unser Sicherheitssystem auf die neue Situation ausgerichtet werden muss. Resultat dieser Überlegungen war der Sicherheitspolitische Bericht 2000 (SIPOL B 2000). Dieser schlägt unter anderem die bessere Integration der verschiedenen sicherheitspolitischen Instrumente und eine Verbesserung des Zusammenspiels dieser Instrumente vor: „Sicherheit durch Kooperation“, lautet die Quintessenz. Kooperation mit anderen Staaten, aber auch Zusammenarbeit in der Schweiz selbst. Im Bereich Bevölkerungsschutz XXI handelt es sich selbstverständlich vor allem um Kooperation innerhalb der Schweiz.

Der Sicherheitspolitische Bericht 2000 ist die Basis für sämtliche Reformen im Sicherheitsbereich, sei dies nun die Armee XXI oder der Bevölkerungsschutz XXI. Die Reform der Armee funktioniert nicht ohne Reform des Bevölkerungsschutzes. Diese beiden Bereiche sind eng mit dem Schlüsselkonzept der „Sicherheit durch Kooperation“ verbunden. Der Bevölkerungsschutz ist also das zivile Gegenstück der Armee XXI.

Der Bevölkerungsschutz ist als ein koordiniertes ziviles Netzwerk konzipiert. Das Ziel ist die Bewältigung von Katastrophen und Notsituationen. Er organisiert sich nach den Prinzipien der Kontinuität, der Kooperation und der Koordination. Eine gemeinsame Führung garantiert die Koordination der fünf Partnerorganisationen, die da sind:

- Polizei
- Feuerwehr
- Gesundheitswesen
- Technische Betriebe
- Zivilschutz

Diese fünf Partnerorganisationen sind unter einem Dach, gewissermassen als „Haus Schweiz“, und gesteuert werden sie von einem gemeinsamen Führungsorgan. Im innern dieses „Hauses Schweiz“ ist die Polizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit verantwortlich, die Feuerwehr kümmert sich um die Rettung, das Gesundheitswesen um die erste Hilfe und die medizinische Pflege. Die technischen Betriebe kümmern sich um die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität, um die Abfallentsorgung sowie um die Kommunikations-Infrastruktur. Der Zivilschutz ist für den Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter zuständig. Dank dieser Reform kann die Hilfe für die betroffene Bevölkerung mit einer grösseren Effizienz sichergestellt werden.

Diese Reform hat alle überzeugt, von links bis rechts. Im Ständerat wurde sie einstimmig angenommen und im Nationalrat gab es eine einzige Gegenstimme. Es ist wirklich selten, dass das

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

ganze Parlament falsch liegt. Eigentlich gab es auch überhaupt keinen Grund, das Referendum zu ergreifen, das war ein Fehler! Und wenn man sich die Argumente der Reformgegner ansieht, stellt man fest, dass sie eigentlich gar keine Argumente haben. Sie sprechen von „Aushöhlung des Zivilschutzes“, obschon es eine Verstärkung ist. Sie sprechen von „Zentralisation der Strukturen“, obwohl die Reform eine bessere Kooperation mit sich bringt. Sie sprechen von einem „Ausstieg des Bundes“, obschon genau das Gegenteil der Fall ist. Heute sind die Beiträge des Bundes an die Finanzkraft des Kantons gebunden. Mit dem neuen System sind sie mit den Kompetenzen gekoppelt. Die Kantone beschäftigen sich mit den Ereignissen, die keinen ausserordentlichen Charakter haben, mit Katastrophen und Notsituationen, welche sie direkt betreffen. Der Bund greift dann ein, wenn es sich um Epidemien, ausserordentliche Notsituationen, radioaktive Verstrahlung und bewaffnete Konflikte handelt. Dank der Reform entsteht ein modulares System, das je nach Schwere des Ereignisses eingesetzt wird. Je nachdem werden die Elemente für das erste Eingreifen, die Reserve oder noch zusätzliche Elemente eingesetzt.

Die Reform stärkt die Effizienz des Bevölkerungsschutzes dank besserer Kooperation zwischen den einzelnen Diensten und das unter Respektierung des Föderalismus. Es ist falsch zu behaupten, Rationalisierung und Modernisierung würden zu einer Aushöhlung führen, und wer dies behauptet, ist gegen eine Verbesserung der Bürgersicherheit.

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Stand: 28. Februar 2003

Co-Präsidium

NR Bernasconi Madeleine, FDP
NR Bugnon André, SVP
SR Bürgi Hermann, SVP
NR Eggly Jacques-Simon, Lib.
NR Engelberger Eduard, FDP
RR Fischer-Willimann, Margrit, CVP
NR Freund Jakob, SVP
NR Hess Walter, CVP
NR Leu Josef, CVP
SR Merz Hans-Rudolf, FDP
SR Paupe, Pierre, CVP
NR Polla, Barbara, Lib.
NR Siegrist Ulrich, SVP
NR Tschuppert Karl, FDP
RR Jean-René Fournier, Präsident der
Schweizerischen Konferenz der Kantonalen
Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und
-direktoren

Komitee

CVP

NR Bader Elvira
SR Bieri Peter
NR Cina Jean-Michel
NR Chevrier Maurice
SR Cottier Anton
SR David Eugen
NR Decurtins Walter
NR Dormann Rosmarie
NR Eberhard Toni
NR Ehrler Melchior
SR Epiney Simon
SR Escher Rolf
NR Estermann Heinrich
NR Galli Remo
NR Heim Alex
NR Hess Peter
NR Hess Walter
NR Imfeld Adrian
NR Imhof Rudolf
SR Inderkum Hansheiri
NR Lachat Francois
NR Lauper Hubert
NR Leu Josef

NR Leuthard Doris
NR Loepfe Arthur
SR Lombardi Filippo
NR Lustenberger Ruedi
SR Maissen Theo
NR Maitre Jean-Philippe
NR Meier-Schatz Lucrezia
NR Meyer-Kälin Thérèse
SR Paupe Pierre
NR Raggenbass Hansueli
NR Riklin Kathy
SR Schmid Carlo
NR Schmid Odilo
NR Simoneschi-Cortesi Chiara
SR Slongo Marianne
SR Stadler Hansruedi
NR Vaudroz Jean-Claude
NR Walker Felix
SR Wicki Franz
NR Widrig Hans Werner
NR Zäch Guido
NR Zapfl Rosmarie

FDP

NR Abate Fabio
NR Antille Charles-Albert
SR Beerli Christine
NR Bangerter Käthi
SR Berger Michèle
NR Bezzola Duri
SR Briner Peter
NR Bühler Gerold
SR Büttiker Rolf
NR Christen Yves
SR Cornu Jean-Claude
SR Dettling Toni
NR Dupraz John
NR Egerszegi-Obrist Christine
NR Favre Charles
NR Fischer Ulrich
NR Forster-Vannini Erika
NR Frey Claude
NR Glasson Jean-Paul
NR Guisan Yves
NR Gutzwiller Felix
NR Gysin Hans Rudolf

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, e-mail weber@fdp.ch

Komitee 2 x JA zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz

NR Heberlein Trix
NR Hegetschweiler Rolf
SR Hess Hans
NR Kofmel Peter
NR Kurrus Paul
NR Lalive d'Epinay Maya
SR Langenberger Christiane
SR Leumann-Würsch Helen
NR Leutenegger Hajo
SR Marty Dick
NR Messmer Werner
NR Müller Erich
NR Nabholz Lili
NR Pelli Fulvio
SR Pfisterer Thomas
NR Randegger Johannes
NR Sandoz Marcel
SR Saudan Françoise
SR Schiesser Fritz
SR Schweiger Rolf
SR Spoerry Vreni
NR Steinegger Franz
NR Steiner Rudolf
NR Suter Marc F.
NR Theiler Georges
NR Triponez Pierre
NR Vallender Dorle
NR Vaudroz René
NR Wasserfallen Kurt
NR Weigelt Peter
NR Wittenwiler Milli

Liberale

NR Ruey Claude
NR Wirz-von Planta Christine
NR Scheurer Rémy
NR Beck Serge